

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Landtagswahl in Niedersachsen am 9. Oktober 2022

Vorläufiges Ergebnis

Dominik Hirndorf/Viola Neu

- › Zwei der drei Koalitionsparteien im Bund sowie die CDU haben Verluste zu verzeichnen. Die SPD wird trotz der Verluste stärkste Kraft. Die FDP hat den Einzug in das Parlament verfehlt. Grüne und AfD gewinnen an Zustimmung.
- › Während die Union auf der Bundesebene ihre Zustimmung seit der Bundestagswahl 2021 ausbauen konnte, profitiert die Landespartei nicht von dieser Stimmung. Bei der SPD hat der Amtsbonus des Ministerpräsidenten vermutlich stärkere Verluste verhindert.
- › Insgesamt wird das Meinungsklima im Bund wie in Niedersachsen von eingetrübten Zukunftsaussichten geprägt. Dies spiegelt sich in allen Indikatoren wider.
- › Trotz eines insgesamt geringen Grades an gesellschaftlicher Polarisierung in Deutschland, gibt es Gruppen, die sich mehr oder minder unversöhnlich gegenüberstehen. Bei dieser Wahl manifestieren sich polarisierende Entwicklungen in der Wahl der AfD und der Grünen.

Inhaltsverzeichnis

Die Landtagswahl in Niedersachsen 2022 **3**

- 1. Das Wahlergebnis in Niedersachsen 3
- 2. Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung 4
- 3. Sozialstruktur und Wählerwanderung..... 7

Impressum **9**

Die Landtagswahl in Niedersachsen 2022¹

1. Das Wahlergebnis in Niedersachsen

Die SPD gewinnt die Landtagswahl in Niedersachsen vor der CDU, wenngleich beide Regierungsparteien Verluste hinnehmen müssen. Die Grünen können ihr Ergebnis von 2017 verbessern und werden drittstärkste Kraft. Der AfD gelingt der Wiedereinzug in den Landtag mit Zugewinnen. Die FDP verliert dagegen Stimmen, scheitert an der Fünf-Prozent-Hürde und verpasst den Einzug in den Landtag.

Mit 33,4 Prozent wird die **SPD** stärkste Kraft, verliert aber 3,5 Prozentpunkte gegenüber der Vorwahl von 2017. Für die Sozialdemokraten entscheiden sich 1,21 Mio. Wahlberechtigte (-200 Tsd.). Die SPD erhält 57 Mandate im neuen Landtag Niedersachsens (+2 Mandate). Sie gewinnt 57 Direktmandate (+2 Mandate). Die SPD übernimmt 5 Wahlkreise von der CDU (Stade, Ammerland, Syke, Langenhagen, Nienburg/Schaumburg) und verliert 3 an die Grünen.

Die **CDU** erhält 28,1 Prozent der Stimmen und verliert damit 5,5 Punkte. Gegenüber der Wahl 2017 hat die CDU 270 Tsd. Wählerstimmen verloren und erhält nun 1,02 Mio. Stimmen. Somit kommt sie auf insgesamt 47 Mandate (-3). Die CDU gewinnt 27 Direktmandate (-5).

Wie bereits bei der Bundestagswahl 2021 finden sich die größten Stimmverluste in den Wahlkreisen mit den (immer noch) höchsten Stimmanteilen für die CDU (Cloppenburg, Vechta, Meppen, Lingen, Papenburg). Dort können besonders die Grünen (Vechta, Lingen) und die AfD (Cloppenburg, Papenburg) profitieren, die SPD verzeichnet jeweils nur leichte Zugewinne.

Die **Grünen** können ihr Ergebnis steigern und erzielen mit 14,5 Prozent (+5,8 Punkte) ihr bislang bestes Wahlergebnis bei einer Landtagswahl in Niedersachsen. 530 Tsd. entscheiden sich für die Grünen, 190 Tsd. mehr als bei der vorhergehenden Wahl 2017. Die Grünen können ihre Mandatsstärke verdoppeln (+12) und ziehen mit 24 Mandaten in den Landtag ein. Erstmals erzielen die Grünen drei Direktmandate (Hannover-Mitte, Göttingen-Stadt, Lüneburg).

Die **AfD** gewinnt ebenfalls hinzu (+4,7 Prozent), erhält 10,9 Prozent und ist somit zum zweiten Mal im Landesparlament vertreten. 400 Tsd. Wahlberechtigte geben der AfD ihre Stimme, 160 Tsd. mehr als 2017. Sie erhält 18 Mandate (+9).

Die **FDP** erhält 4,7 Prozent der Zweitstimmen (-2,8 Punkte), was 170 Tsd. Stimmen entspricht (-120 Tsd.). Sie scheitert damit an der Fünf-Prozent-Hürde und verpasst den Einzug in den Landtag.

Die Linke verfehlt mit 2,7 Prozent und 100 Tsd. Stimmen den Einzug in den Landtag deutlich. Sie verliert 1,9 Prozentpunkte (-80 Tsd. Stimmen).

Die **Tierschutzpartei** (1,5 Prozent) und die Partei **dieBasis** (1,0 Prozent) erreichen als einzige der sonstigen Parteien ein Ergebnis von mindestens 1 Prozent.

Die **Wahlbeteiligung** liegt bei 60,3 Prozent und ist damit gegenüber der Wahl von 2017 um rund 3 Prozentpunkte zurückgegangen (2017: 63,1 Prozent). Der neue Landtag umfasst nach vorläufigem Ergebnis 146 Sitze. Insgesamt sind 11 Ausgleichsmandate (2017: 2) zusätzlich zur vorgegebenen Sitzanzahl von 135 nötig.

2. Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung

Zwei der drei Koalitionsparteien im Bund haben Verluste zu verzeichnen. Die SPD wird trotz der Verluste voraussichtlich eine Regierung bilden können, die FDP hat den Einzug in das Parlament verfehlt. Die FDP hat in der politischen Stimmung auch auf Bundesebene Verluste zu verzeichnen. Die Grünen – wenn auch unterhalb der Erwartungen – können ihr Wahlergebnis gegenüber der Vorwahl verbessern. Das Gleiche gilt für die AfD, die ihr Ergebnis der Vorwahl deutlich ausbauen konnte. In der politischen Stimmung ist für die AfD auf der Bundesebene etwa seit Beginn der Energiekrise eine wachsende Zustimmung zu erkennen. Die CDU hat in Niedersachsen erneut Verluste zu verzeichnen. Während die Union auf der Bundesebene ihre Zustimmung seit der Bundestagswahl 2021 ausbauen konnte, profitiert die Landespartei nicht von dieser Stimmung. Bei der SPD hat der Amtsbonus des Ministerpräsidenten vermutlich stärkere Verluste verhindert. Zumal es auch keine Wechselstimmung gab. Zwar ist die Zufriedenheit mit der Landesregierung im Vergleich zur Vorwahl leicht gesunken, mit 56 Prozent ist die Mehrheit der Niedersachsen mit der Landesregierung zufrieden (Infratest dimap).

Insgesamt wird das Meinungsklima im Bund wie in Niedersachsen von eingetrübten Zukunftsaussichten und einem sinkenden Vertrauen in die Demokratie und die Lösungskompetenz der Parteien geprägt. Dies spiegelt sich in allen Indikatoren wider. 2017 sahen noch 60 Prozent aller Wahlberechtigten das Land gut auf die Zukunft vorbereitet. 2022 beträgt der Anteil noch 49 Prozent. 2017 bewerteten 55 Prozent die Wirtschaftslage als gut. 2022 sind es noch 18 Prozent. Auch die Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage ist von 2017 bis 2022 deutlich eingebrochen (67:46). Waren 2017 nur 8 Prozent der Ansicht, die zukünftige Wirtschaftslage würde sich verschlechtern, so ist der Anteil 2022 auf 46 Prozent gestiegen (Forschungsgruppe Wahlen). Daher verwundert es auch nicht, dass die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie deutlich gesunken ist. So sind 59 Prozent der Befragten zufrieden (-13 Punkte gegenüber 2017). 75 Prozent sehen in den Verhältnissen derzeit eher einen Anlass zur Beunruhigung. In allen vergleichend abgefragten Problemlösungskompetenzen ist der Anteil derjenigen angestiegen, die keiner Partei die Lösung eines Problems zutrauen (Infratest dimap).

Seit 2013 ist Stephan Weil Ministerpräsident in Niedersachsen und kann dementsprechend von seinem Amtsbonus profitieren. 55 Prozent der Niedersachsen hätten sich in der Frage nach der hypothetischen Direktwahl für den Amtsinhaber entschieden. 26 Prozent hätten für den Herausforderer, Bernd Althusmann, votiert. Dabei kann Weil vor allem bei SPD- und Grünen-Anhängerinnen und -Anhängern profitieren, Althusmann genießt Rückhalt vor allem bei Anhängerinnen und Anhängern der CDU.

Die Anhänger der FDP sind gespalten. 72 Prozent der Wahlberechtigten bescheinigen ihm, dass er seine Sache eher gut mache. Damit schneidet er schlechter ab als andere Ministerpräsidenten, die zur Wiederwahl standen (seit 2021: Daniel Günther, Manuela Schwesig, Reiner Haseloff, Malu Dreyer, Winfried Kretschmann). Dementsprechend galt Weil gegenüber Althusmann als sympathischer, bürgernäher, glaubwürdiger, zudem wurde ihm mehr Sachverstand attestiert. Auch konnte er damit punkten, besser durch die unsicheren Zeiten zu führen (37:12) (Forschungsgruppe Wahlen).

Bei den politischen Problemen sind typische Landesthemen in den Hintergrund gerückt. Die Bundes- und die landespolitischen Themen unterscheiden sich wenig. Wie im Bund dominieren die Themen Energie und Preise die politische Agenda (Energie, Versorgungssicherheit: 35; Preise, Inflation: 34). 2017 lag das Thema Schule/Bildung mit 44 Prozent auf Platz 1. 2022 nennen noch 15 Prozent dieses Thema als politisches Problem (Forschungsgruppe Wahlen). In einem anderen Abfragemodus sind die Themen Energieversorgung (27 Prozent), Preissteigerungen (19 Prozent) und Klima (17 Prozent) die wahlentscheidenden Fragen. Doch gerade bei den beiden wichtigsten Problemen haben viele Wahlberechtigte Zweifel, dass Parteien hier eine Lösungskompetenz besitzen. So sagen vor der Wahl im September 34 Prozent aller Wahlberechtigten bei dem Thema Preise und 24 Prozent bei dem Thema Energiesicherung, dass keine Partei hierbei kompetent sei. Unmittelbar vor der Wahl sagen 18 Prozent, sie trauen keiner Partei zu, die Energieversorgung zu sichern (Infratest dimap).

In den Anhängerschaften der Parteien gibt es deutliche Unterschiede in der Wichtigkeit der politischen Themen. So nennen 28 Prozent der SPD-, 30 Prozent der CDU- und 37 Prozent der FDP-Anhängerinnen und -Anhänger die Energieversorgung als wichtigstes Thema. In der Grünen-Wählerschaft dominiert mit 58 Prozent das Thema Klima. Mit 14 Prozent spielt die Frage der Energieversorgung eine sehr kleine Rolle. Bei den AfD-Wählenden liegen die Preissteigerungen mit 37 Prozent auf Platz 1, gefolgt von der Energieversorgung mit 30 Prozent der Nennungen (Infratest dimap).

Die Themenpräferenz der Anhängerinnen und Anhänger der Grünen und die wahrgenommene Problemlösungskompetenz liegen eng beieinander. So attestieren im Vorfeld der Wahl 47 Prozent aller Wahlberechtigten den Grünen die Lösung des Problems² (Infratest dimap).

Insgesamt haben alle Parteien (außer auf sehr niedrigem Niveau die AfD) gegenüber 2017 in der Problemlösungskompetenz³ Einbußen zu verzeichnen oder stagnieren etwa auf dem Niveau der Vorwahl. Der SPD trauen 36 Prozent die Lösung der wichtigsten Aufgaben in Niedersachsen zu (-3 Punkte); der CDU 25 Prozent (-11 Punkte). Die CDU hat bei der Kriminalitätsbekämpfung (-12 Punkte), der Arbeitsplatzkompetenz (-11 Punkte), Wirtschaftskompetenz (-9 Punkte) und in der Landwirtschaftspolitik⁴ (-7 Punkte) verloren. Die SPD hat ebenfalls Einbußen zu verzeichnen, allerdings auf etwas niedrigerem Niveau. So büßt sie z.B. in der Frage der sozialen Gerechtigkeit 5 Punkte und der Wirtschaftspolitik 6 Punkte ein. Trotz der Kompetenzführerschaft der Grünen im Bereich der Klima- und Umweltpolitik büßen sie 18 Punkte gegenüber 2017 ein und werden aber noch von 47 Prozent der Wahlberechtigten in diesem Themenfeld für kompetent gehalten.

Der SPD ist es in Niedersachsen gelungen, sich leicht vom Bundestrend abzukoppeln. Die SPD in Niedersachsen wurde auf einer von +5 bis -5 reichenden Skala mit 2,0

bewertet, die Bundes-SPD mit 1,3. Bei der CDU wird die Landespartei etwas besser als die Bundespartei bewertet, doch beide Bewertungen befinden sich eher auf einem niedrigen Niveau (Land: 0,9; Bund 0,6). Die Grünen kommen in Niedersachsen auf einen Wert von 0,2 und die FDP von -0,3 (Forschungsgruppe Wahlen).

In Niedersachsen hat die AfD wieder das frühe Profil der Protestpartei, das sie bei einigen Wahlen eingebüßt hatte. Mit den Verlusten bei Landtagswahlen und der Bundestagswahl⁵ ging auch der Anteil derjenigen zurück, die die Partei aus Enttäuschung wählten. In Niedersachsen überwiegt wieder das Motiv der Protestwahl, das 52 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler nennen, während 38 Prozent sagen, sie hätten die Partei aus Überzeugung gewählt (Infratest dimap). Innerhalb der Anhängerschaft der AfD ist das Sorgenprofil (außer in der Klimapolitik) besonders stark ausgeprägt.

Trotz eines insgesamt geringen Grades an gesellschaftlicher Polarisierung in Deutschland gibt es Gruppen, die sich mehr oder minder unversöhnlich gegenüberstehen. Bei dieser Wahl manifestieren sich polarisierende Entwicklungen in der Wahl der AfD und der Grünen. Deren Anhängerschaften markieren fast in allen Themenfeldern entgegengesetzte Ansichten.⁶ Dies spiegelt sich darin wider, dass die Anhängerschaften bei politischen Themen jeweils die Positionen besetzen, die am weitesten voneinander entfernt sind. Die Anhängerschaften der anderen Parteien befinden sich zwischen diesen Anhängerschaften. Hierzu einige Beispiele: 86 Prozent der Anhängerschaften und Anhänger der Grünen sind mit der Demokratie zufrieden (AfD: 16 Prozent; alle: 59 Prozent). 93 Prozent der AfD-Anhängerschaften und -Anhänger sind der Ansicht, dass die Verhältnisse derzeit eher Anlass zur Beunruhigung geben. Bei den Grünen sind es 62 Prozent (alle: 75 Prozent). 17 Prozent der AfD-Anhängerschaften und -Anhänger sind der Meinung, der Bund sollte die Ukraine konsequenter unterstützen. Bei den Grünen beträgt der Wert 68 Prozent (alle: 47). 38 Prozent der Anhängerschaften und Anhänger der Grünen bezeichnen ihre Wirtschaftslage als schlecht, innerhalb der Anhängerschaft der AfD beträgt der Anteil 79 Prozent (alle: 54 Prozent). Große Sorgen um die Sicherheit der Energieversorgung machen sich in der AfD-Anhängerschaft 81 Prozent, bei den Grünen sind es 31 Prozent (alle: 52 Prozent). Die steigenden Preise machen 84 Prozent der Anhängerschaften und Anhänger der AfD und 34 Prozent der Grünen Sorgen (alle: 60 Prozent) (Infratest dimap). Bei der Frage nach der längeren Nutzung der Atomkraftwerke sprechen sich 96 Prozent der Anhängerschaften und Anhänger der AfD dafür aus. Bei den Grünen sind es 16 Prozent und bei allen Wahlberechtigten 57 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen).

Gegenüber der Vorwahl ist die Bedeutung der Politik im Bund angestiegen. So sagten 2017 33 Prozent der Befragten, die Politik im Bund sei wichtiger für die Wahlentscheidung als die Politik im Land; 2022 nennen 45 Prozent den Bund. Auch bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen lag der Wert mit 42 Prozent vergleichbar hoch. Dies liegt vermutlich daran, dass vor allem bundespolitische Themen in Niedersachsen den größten Problemlösungsdruck entfalten.

Der FDP ist es weder aufgrund ihrer wahrgenommenen Problemlösungskompetenz noch aufgrund ihres Kandidaten gelungen, wieder in den Landtag einzuziehen. Ihre Arbeit in der Opposition wurde mit -0,2 bewertet, als Partei kam sie auf einen Wert von -0,3, koalitionsaktische Überlegungen spielen für die Wahlentscheidung, wenn überhaupt, dann eine stark nachgelagerte Rolle (Forschungsgruppe Wahlen).

3. Sozialstruktur und Wählerwanderung⁷

Die **SPD** verzeichnet die größten Verluste an die Grünen und an das Nichtwählerlager. Im Saldo gewinnt die SPD 25 Tsd. Stimmen von der CDU und 10 Tsd. von der FDP. Diese Gewinne werden jedoch von Verlusten an die Grünen (-55 Tsd.), das Nichtwählerlager (-35 Tsd.) und die AfD (-25 Tsd.) überdeckt.

Die SPD verliert in fast allen Bevölkerungsgruppen, wobei sich die Stimmanteile stark nach Altersgruppen unterscheiden. Bei den über 60-Jährigen erzielt die SPD mit rund 43 Prozent überdurchschnittliche Ergebnisse und kann ihr Ergebnis aus 2017 sogar leicht steigern. In allen anderen Altersgruppen, insbesondere bei den unter 30-Jährigen, erleidet die SPD hohe Verluste.

Die **CDU** verliert Stimmen in alle Richtungen und kann lediglich von der FDP Stimmen hinzugewinnen. Im Saldo gehen 55 Tsd. ehemalige CDU-Wählerinnen und -Wähler nicht zur Wahl und 45 Tsd. geben ihre Stimme den Grünen. An die AfD verliert die CDU 40 Tsd. Stimmen und weitere 25 Tsd. an die SPD. Lediglich von der FDP (+30 Tsd.) kann die CDU Stimmen gewinnen.

Die CDU verliert in allen Bevölkerungsgruppen Wählerinnen und Wähler. Überdurchschnittliche Verluste verzeichnet die CDU bei den Altersgruppen zwischen 18 und 44 Jahren. Bei den 45- bis 59-Jährigen zeigen sich dagegen unterdurchschnittliche Verluste. Bei Frauen verliert die CDU in allen Altersgruppen stärker als bei Männern. Verluste finden sich auch in Wählergruppen, die der CDU traditionell besonders stark zuneigen. So entscheiden sich auch Mitglieder der katholischen und evangelischen Kirche seltener für die CDU als bei der vorhergehenden Wahl. Überdurchschnittlich sind die Verluste bei der kleinen Gruppe von regelmäßigen Kirchgängerinnen und Kirchgängern. Unter den Konfessionslosen hat die CDU dagegen leicht gewonnen.

Die **Grünen** verzeichnen im Saldo Gewinne aus allen Richtungen. Von der SPD gewinnen die Grünen 55 Tsd. Stimmen, von der CDU 45 Tsd. und aus dem Nichtwählerlager 30 Tsd. Zwischen AfD und Grünen sowie FDP und Grünen gibt es kaum Wählerwanderungsbewegungen.

In allen Bevölkerungsgruppen gewinnen die Grünen dazu. Wie zuletzt auch bei anderen Wahlen verzeichnen die Grünen überdurchschnittliche Gewinne bei Jüngeren und Menschen mit formal hohem Bildungsabschluss. Unterdurchschnittlich schneiden die Grünen weiterhin bei Älteren (Rentnern), Arbeitern und Menschen mit formal niedrigerem Bildungsabschluss ab, können ihr Ergebnis aber auch in diesen Gruppen merklich verbessern.

Die **AfD** verzeichnet die größten Gewinne von FDP und CDU (jeweils 40 Tsd. Stimmen). Weitere jeweils 25 Tsd. Stimmen gewinnt die AfD von der SPD und aus dem Nichtwählerlager.

Die AfD kann ihre Ergebnisse in vielen Bevölkerungsgruppen steigern. Überdurchschnittliche Gewinne erzielt die Partei vor allem in den mittleren Altersgruppen. In

diesen Gruppen sowie bei Arbeiterinnen und Arbeitern erzielt sie auch ihre besten Ergebnisse, insbesondere bei Männern. Deutlich unterdurchschnittlich gewachsen ist die Zustimmung für die AfD dagegen bei Menschen mit formal hohem Bildungsabschluss und über 60-Jährigen.

Die **FDP** verliert Stimmen in alle Richtungen. Die größten Verluste verzeichnet sie dabei mit 40 Tsd. Stimmen an die AfD. Weitere 30 Tsd. Stimmen verliert die FDP an die CDU, 15 Tsd. an das Nichtwählerlager und 10 Tsd. an die SPD.

Die FDP verliert in fast allen Bevölkerungsgruppen. Überdurchschnittlich sind die Verluste bei Menschen mit hohem formalen Bildungsabschluss und Personen mittleren Alters, insbesondere Männern. Bei den Wählerinnen und Wählern unter 30 Jahren schneidet die FDP dagegen überdurchschnittlich ab und kann sogar gegen den Trend leicht hinzugewinnen.

-
- ¹ Quellen: Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap. Alle Grafiken und Tabellen, auf denen die Wahlanalyse beruht, werden in einem gesonderten Tabellenanhang im Detail publiziert und sind ebenfalls unter wahlen.kas.de verfügbar.
 - ² In den vorliegenden Daten fehlt die Kompetenzzuweisung der Grünen-Wählerinnen und -Wähler im Bereich Klima für alle Parteien.
 - ³ In den vorliegenden Daten fehlt die Kompetenzzuweisung der jeweiligen Wählerschaften der Parteien für alle Parteien.
 - ⁴ Der CDU wird von 24 Prozent die Kompetenz im Bereich Landwirtschaft zugesprochen, den Grünen von 32 Prozent. Beide Parteien haben etwa gleich viele Punkte in der Kompetenz gegenüber 2017 verloren (Grüne -6 Punkte; CDU -7 Punkte).
 - ⁵ Seit 2020 hat die AfD bei allen Wahlen Verluste zu verzeichnen (in chronologischer Reihenfolge: Hamburg, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Bundestag, Saarland, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen).
 - ⁶ Roose, Jochen, 2021: Politische Polarisierung in Deutschland. Repräsentative Studie zum Zusammenhalt in der Gesellschaft. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
 - ⁷ Die Daten der Wählerwanderung beziehen sich ausschließlich auf Daten von Infratest dimap. Aufgrund von Abweichungen in den Ergebnissen zur Sozialstruktur der Wählerschaften von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen werden nur vergleichbare Ergebnisse berichtet.

Impressum

Die Autoren

Dominik Hirndorf ist Referent in der Abteilung Wahl- und Sozialforschung in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Viola Neu ist stellvertretende Leiterin von Analyse und Beratung und leitet die Wahl- und Sozialforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dominik Hirndorf

Referent Wahl- und Sozialforschung
T +49 30 / 26 996-3858

dominik.hirndorf@kas.de

Dr. Viola Neu

Stellvertretende Leiterin Analyse und Beratung
Leiterin Wahl- und Sozialforschung
T +49 30 / 26 996-3506

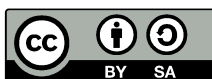
viola.neu@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2022, Berlin

Gestaltung: yellow too Pasiak Horntrich GbR

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).